



**An**

die Vorsitzenden von CDU und CSU

Herrn Armin Laschet und Herrn Dr. Markus Söder

den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Herrn Ralph Brinkhaus

den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Herrn Alexander Dobrindt

04. Juni 2021

### **Offener Brief: Setzen Sie sich für die Verabschiedung eines ambitionierten Insektenschutzpakets ein!**

Sehr geehrte Vorsitzende,

mit großer Sorge haben wir zur Kenntnis genommen, dass das Insektenschutzpaket, bestehend aus einer Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes und einer Novelle der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung, im Bundestag bzw. im Bundesrat ein weiteres Mal von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Nach unseren Informationen haben einzelne Mitglieder Ihrer Parteien bzw. Ihrer Fraktion weiterhin Vorbehalte gegen das Insektenschutzpaket und wollen äußerst weitgehende Abweichungsmöglichkeiten durchsetzen. Nach vielen Monaten der Diskussion ist dies ein besorgniserregendes Zeichen und wirft die Frage auf, wie glaubhaft CDU und CSU den Schutz der Insekten vorantreiben wollen.

Spätestens mit den zahlreichen Volksbegehren auf Länderebene ist die Herausforderung des Insektensterbens zu einem zentralen Thema in der Politik geworden, das einen breiten Rückhalt in der Öffentlichkeit erfährt. Dem Insektenschutz wurde im Wahlprogramm der Union zur Bundestagswahl 2017 viel Raum gewidmet und es folgten die Verankerung im Koalitionsvertrag sowie die Verabschiedung eines ambitionierten Aktionsprogramms Insektenschutz durch die Bundesregierung. Die jetzt ausstehenden Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung sind für dessen Umsetzung entscheidende Schritte, die bereits seit Februar auf ihre Beschlussfassung im Bundestag bzw. Bundesrat warten. Ein Scheitern dieses zentralen Vorhabens – inhaltlich oder aus

Zeitgründen – wäre ein fatales Signal für die politische Glaubwürdigkeit und ein schlechtes Zeichen für den Insektenschutz in Deutschland.

Insbesondere die Regelungen zur Reduzierung der Lichtverschmutzung, zum Verbot biodiversitätsschädlicher Pestizide in Schutzgebieten und zur Festlegung verbindlicher Gewässerrandstreifen, die Erweiterung der gesetzlich geschützten Biotope, aber auch die Stärkung kooperativer Ansätze mit den Landwirtinnen und Landwirten sind wichtige Aspekte, die nun rechtlich verankert werden müssen. Dies würde nicht nur dem Schutz der Insekten dienen, sondern auch Kommunen und der Landwirtschaft Planungs- und Rechtssicherheit geben. Aus unserer Sicht können dabei selbstverständlich auch finanzielle Unterstützungen für die Bewirtschafterinnen und Bewirtschafter eine Rolle spielen.

Lösungsvorschläge zu den Einwänden aus Ihrer Fraktion liegen vor, sodass eine weitere Blockade in der Sache unangebracht ist: Die Möglichkeit eines finanziellen Ausgleichs für Bewirtschaftungseinschränkungen kann neben existierenden Förderprogrammen der Länder über eine Verankerung im Pflanzenschutzgesetz rechtlich gestärkt werden. Darüber hinaus besteht auch die Option, zusätzliche finanzielle Mittel für Ausgleichszahlungen über den bestehenden Sonderrahmenplan Insektenschutz der GAK bereitzustellen. Dies gilt umso mehr, als die Schutzgebietsauflagen der betreffenden Verordnung aufgrund zahlreicher Ausnahmen lediglich 0,4 Prozent der Ackerfläche in Deutschland betreffen.

Vor diesem Hintergrund halten wir es für außerordentlich wichtig, dass die im Koalitionsvertrag sowie im Aktionsprogramm beschriebenen Schritte für einen besseren Insektenschutz in den nächsten Wochen beschlossen werden. Das Vertrauen in eine verlässliche, zukunftsgerichtete Politik wird massiv gefährdet, wenn kurz vor Ende der Legislaturperiode ein zentrales naturschutzpolitisches Anliegen der Regierungskoalition durch Mitglieder Ihrer Parteien bzw. Ihrer Fraktion verhindert wird.

Wir appellieren deshalb eindringlich an Sie, bei den Abgeordneten Ihrer Fraktion sowie bei den Landesregierungen darauf hinzuwirken, dass die Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung im Bundestag bzw. im Bundesrat ohne weitere Abschwächungen verabschiedet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Kai Niebert, Präsident Deutscher Naturschutzring (DNR)

Olaf Bandt, Bundesvorsitzender Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Jörg-Andreas Krüger, Präsident Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

Christoph Heinrich, Vorstand Naturschutz WWF Deutschland

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer Deutsche Umwelthilfe (DUH) e.V.

Jürgen Maier, Geschäftsführer Forum Umwelt und Entwicklung

Udo Gattenlöhner, Geschäftsführer Global Nature Fund

Prof. Klaus Werk, stv. Vorsitzender Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V.

Andrea Höppner, Vorsitzende Pro Wildlife e.V.

Tomas Brückmann, Bundeskontaktstelle Nachhaltige Regionalentwicklung GRÜNE LIGA

Michael Beier, Vorsitzender des Vorstands Heinz Sielmann Stiftung

Birgit Braun, geschäftsführendes Vorstandsmitglied Aktionsgemeinschaft Artenschutz (AGA) e.V.

Gabriel Schwaderer, Geschäftsführer EuroNatur Stiftung

Thomas Radetzki, Vorstand Aurelia Stiftung

Jan Peters, Geschäftsführer Michael Succow Stiftung

Ulrich Stöcker, Vorsitzender Helversen'sche Stiftung für Arten- und Biotopschutz

Dr. Jürgen Metzner, Geschäftsführer Deutscher Verband für Landschaftspflege (DVL) e.V.

Martin Kaiser, Geschäftsführender Vorstand Greenpeace e.V.

Prof. Dr. Dr. Berndt-Michael Wilke, Präsident Bundesverband Boden e.V.

Elisabeth Emmert, Vorsitzende Ökologischer Jagdverband (ÖJV) e.V.

Dr. Nina Wolff, Vorsitzende Slow Food Deutschland e.V.

Bärbel Vogel, Vorsitzende Verband der deutschen Höhlen- und Karstforscher (VdHK) e.V.

Dr. Kerstin Reichert, Vizepräsidentin Sportentwicklung, Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) e.V.

Marion Hammerl, Geschäftsführerin Bodensee-Stiftung

Dr. Andreas Meißner, Geschäftsführer Stiftung Naturlandschaften Brandenburg

Dr. Gerhard Bronner, Vorsitzender Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e.V. (LNV)

Thomas Schröder, Präsident Deutscher Tierschutzbund e.V.

Michael Müller, Bundesvorsitzender Naturfreunde Deutschlands e.V.

Dirk Sielmann, Präsident Bundesverband Deutscher Gartenfreunde (BDG) e.V.